



Julia Klöckner
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Tel.: 0 30/22 7-7 07 00 - Fax: 0 30/22 7-7 67 01
www.julia-kloeckner.de - julia.kloeckner@bundestag.de

**Klöckner informiert Bürgermeister
über kommunale Investitionsprogramme**

Mit einem Schreiben an alle Bürgermeister in den Kreisen Bad Kreuznach und Birkenfeld informierte die Bundestagsabgeordnete Julia Klöckner über den aktuellen Entwicklungsstand der kommunalen Investitionsprogramme des zweiten Konjunkturpaketes. „Mich erreichten in den vergangenen Wochen viele Fragen, was wann, wie und wo gefördert, deshalb will ich den Bürgermeistern einen kurzen Zwischenbericht liefern“, so Klöckner.

Es obliege den Ländern, die Inanspruchnahme der Finanzhilfe für finanzschwache Kommunen sicherzustellen. Der Anteil für finanzschwache Gemeinden soll nach heutiger Sicht mindestens dem Anteil der Einwohner in diesen Gemeinden an der Gesamtzahl der Einwohner des Landes entsprechen.

Zum derzeitigen Zeitpunkt sind die Investitionsschwerpunkte Bildung (Einrichtungen der Kinderbetreuung, Schulinfrastruktur, Hochschulen) und Infrastruktur (Krankenhäuser, Städtebau, Breitbandtechnologie, Lärmsanierung an kommunalen Straßen) vorgesehen.

„Für die immer wieder gestellte Frage, was „zusätzlich“ ist, zeichnet sich folgende Definition ab“, erklärt die Abgeordnete: „Die vom Bund verlangte Zusätzlichkeit ist gegeben, wenn die Finanzhilfen nicht zur Finanzierung eines Investitionsvorhabens eingesetzt wurden, dessen Finanzierung im Landeshaushalt oder in den Haushalten seiner Kommunen bereits anderweitig sichergestellt war.“

Die Bewirtschaftung der Bundesmittel richtet sich nach dem Haushaltsrecht der Länder. Die Mittel aus den Finanzhilfen des Bundes werden im Rahmen der Förderung der jeweiligen Investitionsart anteilig in Anspruch genommen und zu den Förderbedingungen für Landesmittel bewilligt. Damit die Verwaltungen des Bundes, der Länder und der Kommunen so wenig wie möglich belastet werden, soll das Vergabeverfahren einfach und verwaltungseffizient ausgestaltet werden. „Kurzum, die Abwicklung vor Ort erfolgt unmittelbar zwischen Kommunen und Ländern“, so die CDU-Verbraucherbeauftragte. „Das parlamentarische Verfahren soll bis Mitte Februar abgeschlossen sein“, kündigt Klöckner an, „dann werden auch weitere Details bekannt sein.“

Anbei das entsprechende Schreiben an die Bürgermeister

26.01.2009

PRESSEMITTEILUNG